

Nun steht er fest, der Finanzminister der Trump-Administration. King Donald II hatte im Wahlkampf versprochen, den Sumpf trocken zu legen, er wollte die politische Macht der Lobbyisten und die Verflechtungen zwischen den großen Banken und der Regierung zurückstutzen. Wall Street sollte für die Finanzkrise zur Rechenschaft gezogen werden. „Believe me!“

Und wer ist der Neue? Steve Mnuchin heißt er. Mit ihm wird der Sumpf jedenfalls nicht trocken gelegt. [Die Personalie ist keine Überraschung](#), es dauerte nur einige Zeit, bis der Neue im zuständigen Senatsausschuss öffentlichkeitswirksam gegrillt werden konnte.

Mnuchin ist ein Investmentbanker, der lange Jahre bei -wie sollte es anders sein- Goldman Sachs gearbeitet hat. Eigentlich nichts Neues, auch frühere Finanzminister wie etwa Robert Rubin und Hank Paulson kamen von Goldman - unter demokratischen und republikanischen Präsidenten immer das gleiche Spiel. Deshalb wird das Geldhaus auch mal gerne als „Government Sachs“ bezeichnet.

Mnuchin ist kein strammer Republikaner. Im Wahlkampf 2008 unterstützte er die Demokraten. Wall Street spendete damals viele Millionen Dollar dafür, dass Obama US-Präsident wurde. In der Finanzkrise musste jemand her, der genügend Reputation im amerikanischen Volk hatte, um es „bei der Stange zu halten“. Um den Einfluss von Goldman & Co brauchte man sich auch damals keine Sorgen zu machen.

2012 spendete Mnuchin dann für den Republikaner Romney, 2016 wurde er Finanzchef in der Wahlkampagne Trumps. Ob er überhaupt für irgendwelche politisch-ethischen Werte steht, ist unklar - ist auch nicht so wichtig. Als konkretes Ziel seiner Arbeit hat er selbst das Vorgehen gegen terroristische Finanzaktivitäten genannt. Trump gibt dem neuen Finanzminister noch zwei Aufgaben auf - massive Steuersenkungen und die Deregulierung der Finanzbranche. Diesen Aufgaben kommt Mnuchin sicher gerne nach.

Mnuchin trägt den Spitznamen „Mr. Zwangsversteigerung“. Als Chef der Immobilienbank OneWest soll er zehntausende Eigenheimbesitzer am Rande der Legalität aus ihren Häusern geworfen zu haben.

Durch die Sub-prime-Hypothekenkrise verloren Haushalte von Latinos und Schwarzen mit College, bzw. Universitäts-Abschluss 50 bis 60% ihres Vermögens. Mnuchin verdiente daran. Es schuf und führte zunächst einen Geier-Fonds, der notleidende Hypotheken aufkaufte, dabei setzte er auch auf Unterstützungszahlungen seitens der Regierung.

In der Tiefe der Finanzkrise kaufte er dann zusammen mit einer Gruppe von Investoren, zu der u.a. auch George Soros und Hedge Fonds Milliardär John Paulson gehörten, ein Finanzinstitut namens IndyMac, das auf Hypothekendarlehen spezialisiert war. Das Unternehmen war der siebtgrößte Hypothekenfinanzierer in den USA. Nach Umbenennung in OneWest war Mnuchin Vorstandsvorsitzender, bis das Institut 2015 an CIT verkauft wurde. Bis dahin bezogen die Alt-Eigentümer auch Dividenden in Höhe von 1,9 Mrd. Dollar.

Der Kaufpreis hatte 2009 1,55 Mrd. Dollar betragen, verkauft wurde das Institut für 3,4 Mrd. Dollar. Mnuchin hatte nach dem Verkauf weiter einen Sitz im Verwaltungsrat inne, CIT ist aktuell mit etwa 8,7 Mrd. Dollar bewertet (siehe [hier!](#)).

Die meisten der Hypotheken-Darlehen von IndyMac/OneWest waren oberfaul. Verdienen konnte man über Zwangsräumungen und anschließenden Verkauf der Objekte. Um Zwangsräumungen durchführen zu können, mussten nach Bundesstaat unterschiedliche Bedingungen erfüllt sein. Insgesamt war die Hürde jedoch relativ hoch gelegt - eine sorgfältige und gewissenhafte Prüfung aller Umstände war Pflicht. Unter Führung von Mnuchin kam es jedoch bei OneWest zum sogenannten „Roboter-Abzeichnen“: Hunderte von Zwangsrauungsklagen wurden in kürzester Zeit unterschrieben und auf den Weg gebracht.

Zunächst wurde das von der Regierung nicht entdeckt (oder nicht beanstandet). Erst 2011 gab es nach Klagen von Betroffenen eine offizielle Prüfung, in der massenhaft fehlerhafte Praktiken und Verletzungen von Recht und Vorschriften im Räumungsprozess festgestellt wurden. Aber das Justiz-Ministerium schloss mit Mnuchin einen Deal, er bezeugte, dass seine Firma damit nichts zu hat, es keine Politik seiner Firma war. Mnuchins Firma war nicht die einzige, die so handelte - es war übliche Praxis. Am grob rechtswidrigen Verhalten ändert das nichts.

Die Details zu den Geschäftspraktiken von OneWest sind einem [Interview mit Bill Black](#) entnommen. Der Wirtschafts-Kriminologe ist Autor des Buches „The Best Way to Rob a Bank is to Own One“.

#### **Das könnte Sie auch interessieren:**

- [Schulden und Vermögen steigen](#) vom 11.10.2021
- [Droht Stagflation?](#) vom 24.10.2021
- [WHO - Platon der Neuzeit](#) vom 22.05.2021

#### **Andere lasen von hier ausgehend zuletzt auch:**

- [Q4-BIP der USA - irreführend ist geschmeichelt](#)
- [Raubzug](#)
- [Vor zehn Jahren - die Finanzkrise nimmt ihren Lauf](#)

Rate this item:   Submit Rating

Ihre Stimme, bitte!

Please wait...